

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Oktober/
November 1976

Evangelische Verantwortung

Heft 10 — 11/1976

Wir vertrauen auf Helmut Kohl

Lieber Leser!

Diese Ausgabe der Evangelischen Verantwortung erreicht Sie wenige Tage vor einer der wichtigsten Entscheidungen, vor der unser Land jemals stand.

Hinter uns liegen Wahlveranstaltungen und Podiumsdiskussionen, Rundfunksendungen zur Wahl und die Fernsehauftritte unserer Politiker. Für alle ist dies mit großen persönlichen Belastungen verbunden, die oft an die Grenze der jeweiligen Leistungsfähigkeit herangehen. Dies muß anerkennend für die Repräsentanten aller demokratischen Parteien gesagt werden.

Vielen von uns fiel auf, daß im Wahlkampf die Parteien trotz ihrer unterschiedlichen geistigen Ansätze verbal mit den oft gleichen Begriffen um die Gunst des Wählers warben: da geht es um Begriffe wie Freiheit und Gerechtigkeit, da wird das Recht auf Glück und Wohlstand für alle gefordert. Diese Gleichheit jedoch ist nur oberflächlich — die Ausfüllung der einzelnen Begriffe führt zu gänzlich unterschiedlichen Positionen.

Der grob vereinfachende CDU-Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ hat zu einer bei uns noch nicht gekannten Freiheitsdiskussion geführt. Sozialdemokraten werden sich heute und morgen befragen lassen müssen, wie sie die individuelle Freiheit — die im übrigen eine der unverzichtbaren Ausgangspositionen der CDU darstellt — in dem ihrer Ideologie entsprechenden kollektiven System aufrecht erhalten wollen. Während wir davon ausgehen, daß die Gesellschaft für den Menschen da ist, fordert sozialistisches Verständnis die totale Verfügung des Men-

schen für die Gesellschaft. Er wird zum Empfänger zugeteilter Lebensläufe und gleichzeitig in Einheits-schematas hineingezwängt. Der Begriff der Einheits-gesellschaft, der sich dokumentiert in Unterbegriffen wie z. B. Einheitskrankenkasse, Einheitsschule, wird zum bestimmenden Lebensrhythmus. Dies alles ist jedoch mit unserem Freiheits- und Persönlichkeits-begriff nicht zu vereinbaren.

Wir wissen aber aus vielen Gesprächen, daß auf-rechte Sozialdemokraten mit großer Sorge die ge-genwärtige Entwicklung ihrer Partei verfolgen. Weite evangelische Bereiche unserer Bevölkerung, die 1972 noch unverhohlen mit großem Pathos zur Stimmab-gabe für die SPD aufriefen, sind verstummt. Der Blick für die Realitäten — die Abkehr von Illusionen — hat zugenommen. Die Diskussion um die Grundwerte wird, so glauben wir, das beherrschende Thema der kommenden Jahre sein. Die Frage nach der Anthro-pologie wird mehr denn je gestellt werden. Wir sind aufgerufen zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Marxismus — durch Verbote alleine ist hier langfristig keine Lösung möglich. Auch die Kirchen werden sich dieser Diskussion stellen müssen. Erst kürzlich wurden wir darüber informiert, mit welch großer Sorge gerade im diakonischen Bereich unse-erer Kirche — insbesondere auf kommunaler Ebene — das Verhalten sozialistischer Klassenkämpfer regi-striert wird. Informationen aus Italien, die dokumen-tieren, wie rigoros Volksfrontmehrheiten durch Sper-rung der finanziellen Mittel die Schließung kirchlicher Einrichtungen erzwingen, sind alarmierend. Für uns steht unverrückbar fest: Der Vorrang der Kirchen und der freien Träger im Bereich der Gesellschafts- und

Sozialpolitik ist erklärtes Ziel einer unter Helmut Kohl geführten Bundesregierung; Helmut Kohl hat dies wiederholt deutlich herausgestellt.

Schwarmgeister zogen vor der Wahl wieder durchs Land und versuchten in der „Aktion für die Fortsetzung der Reformpolitik“ insbesondere evangelische Wählerstimmen für die SPD zu mobilisieren. Man muß sich allen Ernstes fragen, woher diese Menschen den Mut und die innere Kraft nehmen, um ihre so wenig mit der Wahrheit ausgestatteten Angriffe gegen die CDU zu führen. Keine drei Wochen vor dem Wahltermin trat man in Bonn auf einer Pressekonferenz auf, um der SPD Wahlunterstützung angedeihen zu lassen. Ein vorab von vier evangelischen Theologieprofessoren und einer Pfarrerin unterzeichneter Aufruf – der später dann noch um Unterschriften überwiegend im kirchlichen Bereich gänzlich unbekannter Personen erweitert wurde – stellt den letzten Versuch dar, evangelische Wechselwähler für die SPD zu aktivieren. Die CDU wird hierin des „geistigen Bürgerkrieges“ bezichtigt und die „entscheidenden Schritte zu einer glaubwürdigen Nord-Süd-Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung“ gutgeschrieben. Eine wahrhaft simple Darstellung, die auf Polarisierung abzielt und nur die althm bekannten Thesen von Willy Brandt und Egon Bahr wiederholt.

Die Unionsparteien machen kein Geschäft mit der Angst – sie sind bemüht, eine wahrheitsgemäße Politik zu betreiben, um für unser Land den inneren Frieden zu sichern. Aber man muß ihnen doch die Berechtigung einräumen, politische Mitkonkurrenten auf ihr Freiheitsverständnis hin zu befragen. Die Bürger haben ein Recht darauf, von den Trägern der politischen Verantwortung zu erfahren, wie man es z. B. mit Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst hält. Wer diesen Fragen jedoch ausweicht und Volksfrontbündnisse an unseren Hochschulen verharmlost, wer nicht den Mut besitzt, zu sagen, wie dieser Staat denn morgen eigentlich aussehen soll, der versucht, im Trüben zu fischen, denn der Wähler weiß nicht, was ihn am Tag nach der Wahl erwartet.

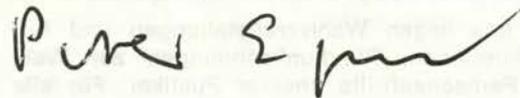
Wir haben vieles in den vergangenen Wochen, was uns an Anregungen, Vorschlägen und neuen Ideen zuzuging, ernsthaft geprüft; wir haben uns auch mit den Argumenten politisch Andersdenkender auseinandergesetzt. Dabei haben wir aber mit bisher selten gekannter Deutlichkeit feststellen müssen, daß CDU/CSU am 3. Oktober die einzige Alternative gegen eine sozialistische Politik darstellen. Wer will, daß Demokratie sich nicht im Sozialismus erfüllt, wie es das Godesberger Programm vorsieht, wer mit uns feststellt, daß der Verlust an Freiheit langsam und schleichend vor sich geht und – für viele vielleicht heute noch unbemerkt – die Fundamente unserer Freiheit bereits unterspült werden, der wird nicht umhin können, sich zu den Unionsparteien als der freiheitlichen Alternative zu bekennen.

Lassen Sie mich hier auch ein ganz persönliches Wort sagen: Das Bekenntnis zu uns am Wahltag bedeutet zugleich auch einen Vertrauensbeweis für unseren Kanzlerkandidaten Helmut Kohl, dessen persönlicher Einsatz in den vergangenen Wochen und Monaten nicht hoch genug eingeschätzt werden kann; seine Wertvorstellungen von der Gestaltung des Lebens, von den Menschen in diesem Staat, von der Basis, die unser geistiges Schaffen bestimmt, sind voll zu unterstützen. Sein Gestaltungswille für eine humane Gesellschaft ist überzeugend und echt – fern jeder Künstelei, fern jedes Opportunismus.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Unionsparteien am Wahlsonntag sowohl mit Ihrer Erst- als auch mit Ihrer Zweitstimme Ihr Vertrauen schenken könnten. Dies wäre auch zugleich Dank und Anerkennung für die von uns in den evangelischen Bereich hinein geleistete Arbeit.

Mit besten Grüßen

Ihr



Auf die Zweitstimme kommt es an

Auf die Bedeutung der Zweitstimme bei den Bundestagswahlen hat der CDU-Bundesgeschäftsführer, Diplom-Volkswirt Karl-Heinz Bilke, in diesen Tagen nochmals hingewiesen.

Er schreibt dazu:

„Auf jede Stimme kommt es an!“ – Dieser Satz steht über den letzten Tagen des Bundestagswahlkampfes. Und wenn wir sagen, daß es auf jede Stimme ankommt, dann gilt das sowohl für die Erststimme wie auch für die Zweitstimme. Sie wissen, daß mit der Erststimme der örtliche Bundestagskandidat gewählt wird, mit der Zweitstimme werden Helmut Kohl und die CDU auf Bundesebene gewählt. **Die Zweitstimme ist also keineswegs – wie man von der Bezeichnung her vermuten könnte und wie auch**

manche annehmen – eine zweitrangige Angelegenheit. Die Zweitstimme ist entscheidend für die Gesamtzusammensetzung des nächsten Deutschen Bundestages und daher ebenso wichtig wie die Erststimme für den örtlichen Kandidaten.

Ich bitte Sie nachdrücklich, bei Veranstaltungen und Gesprächen, in Anzeigen und Publikationen auf diesen Sachverhalt hinzuweisen. Sie werden sich sicherlich noch daran erinnern, daß wir vor vier Jahren eine große Unsicherheit über die Bedeutung der Zweitstimme bemerken konnten. Das darf sich nicht wiederholen.

Übrigens: Die Bundespartei hat bereits in einer Reihe von Werbemitteln, u. a. in der Wahlkampf-Illustrierten, auf die Bedeutung der Zweitstimme hingewiesen. Wir werden in den letzten Fernsehspots vor der Bundestagswahl noch darauf hinweisen, wie wichtig gerade auch die Zweitstimme ist. „Beide Stimmen für die CDU“ – das ist unser gemeinsames Ziel für den 3. Oktober 1976.

Freiheit in der Erziehung

Christoph Führ

Der Autor dieses Artikels, Dr. Christoph Führ, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im deutschen Institut für internationale pädagogische Forschung.

Darüber hinaus ist er Landes-Synodaler der Evangelischen Kirche von Hessen-Nassau.

In seinem Beitrag zeigt Christoph Führ – der übrigens keiner Partei angehört – die Gefahren auf, die verstärkt auf unsere Schulen zukommen und ein Ende der „Erziehung in Freiheit“ signalisieren.

Vor drei Jahren machte der Streit um die Rahmenrichtlinien „Gesellschaftslehre“ in Hessen und Nordrhein-Westfalen einer breiten Öffentlichkeit deutlich, in welchem Maße in diesen Ländern, und nicht nur in diesen, Schlüsselstellungen der Schulverwaltung und Lehrerbildung ins Kräftefeld linker Theorie geraten waren. Im Zeichen sogenannter gesellschaftskritischer Konflikttheorie sollte den Schulen ein Unterricht verordnet werden, der letztlich auf den programmierten Klassenkampf hinauslief. Den Gründen für diese Entwicklung können wir hier nicht im einzelnen nachgehen, doch hängt sie sicher damit zusammen, daß in der nunmehr bereits seit 1 1/2 Jahrzehnten geführten Bildungsreformdebatte Fragen des Aufbaus und Ausbaus von Schule und Lehrerbildung im Vordergrund standen. Um vorwiegend organisatorische Fragen wie Gesamtschule und Stufenlehrerbildung wurde heftig gestritten, während die Frage nach den Unterrichtsinhalten und den Bildungszielen weithin ausgeklammert wurde. Als dann Ende der 60er Jahre die in den USA geführte Curriculum-Diskussion auch auf die Bundesrepublik übergriff, waren Bildungspolitiker zunächst geneigt, auch die Lösung der Lehrplanreform mehr als eine „schultechnische“ Frage zu betrachten. Daß es sich hier um ein Politikum ersten Ranges handelte, machte erst der Streit um die Rahmenrichtlinien bewußt. Damit war auch das Thema „Freiheit in der Erziehung“ neu gestellt.

Für mehr als 20 Jahre galten in der Bundesrepublik unbestritten die Zielsetzungen für Erziehung und Unterricht, auf die sich die demokratischen Kräfte in der ersten Nachkriegszeit geeinigt hatten. Rufen wir uns als Beispiele Verfassungsartikel Nordrhein-Westfalens und Hessens in Erinnerung. Das Ziel der Erziehung wird in Artikel 7 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen (vom 28. Juni 1950) wie folgt bestimmt: „Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung. Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung“. In Artikel 56 der Verfassung des Landes Hessen (vom 29. Oktober 1946) heißt es: „Grundsatz eines jeden Unterrichts muß die Duldsamkeit sein. Der Lehrer hat in jedem Fach auf die religiösen und weltanschaulichen Empfindungen aller Schüler Rücksicht zu nehmen und die religiösen und weltanschaulichen Auffassungen sachlich darzulegen. . . . Der Geschichtsunterricht muß auf getreue, unverfälschte Darstellung der Vergangenheit gerichtet sein. . . . Nicht zu dulden sind Auffassungen, welche die Grundlagen des demokratischen Staates gefährden.“

Der letzte Satz grenzt die „Freiheit in der Erziehung“ deutlich ab. Damit sind auch dem so viel berufenen Pluralismus klare Grenzen gesetzt. Dies führt zu der Frage, wie konnten bei solchen Verfassungsbestimmungen jene erwähnten Rahmenrichtlinien überhaupt zur Diskussion gestellt werden? Würden und werden diese Verfassungsartikel nicht mehr ernstgenommen? Werden sie mehr als historische Relikte der Nachkriegszeit betrachtet? Dann wäre es Zeit, alle für Bildung und Unterricht Verantwortlichen an den Auftrag der geltenden Verfassung zu erinnern. Es war eine gefährliche Täuschung

anzunehmen, Bildungsziele verstünden sich (wie das Moralische) gewissermaßen von selbst. Hier um einen parteiübergreifenden Grundkonsensus zu ringen, ist eine Aufgabe, die von den Parlamenten unserer Länder in den letzten Jahrzehnten oft vernachlässigt wurde.

Freiheit in der Erziehung hat zwei wichtige Voraussetzungen:

1. Daß es kein staatliches Schulmonopol gibt, also Privatschulen, wenn auch unter staatlicher Aufsicht, zulässig sind und garantiert ist, daß sie nicht mehr und mehr in eine Randstellung gedrängt werden;

Aus dem Inhalt

Wir vertrauen auf Helmut Kohl	1
Freiheit in der Erziehung Christoph Führ	3
Freiheit ist nicht selbstverständlich Hans Bolewski	5
Die SPD und die „Sozialpflichtigkeit des Gewissens“ Roman Herzog	7
Plädoyer für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft Jürgen Todenhöfer	8
Aus unserer Arbeit	9
Zum Tode von Pfarrer Oskar Brüsewitz	11
Leserbriefe	12
Stilfragen des Wahlkampfes – über eine Tagung in der Ev. Akademie Bad Segeberg	14
Soziale Marktwirtschaft – verantwortete Freiheit – Broschürenhinweis	14
Letzte Umfrage	15
Volksfront an Hochschulen Hans Reckers	16

2. daß die öffentlichen Schulen nicht als „Parteischulen“ – weder einer noch mehrerer Parteien – verstanden werden. Die Parteien tragen zwar die parlamentarische Verantwortung, üben Aufsicht und Kontrolle im

Rahmen der geltenden Bestimmungen. Die Zielsetzung von Schule und Unterricht erfordert darüberhinaus das Bemühen um einen Konsensus auch unter Mitwirkung vornehmlich von Eltern und Lehrern.

Vielleicht werden diese beiden Voraussetzungen für so selbstverständlich gehalten, daß es für trivial gilt, daran auch nur zu erinnern. Aber wie steht es vor allem mit der zweiten Voraussetzung? Ist sie voll gegeben? Der Wirbel, den Biedenkopfs „Filzokratie-Vorwurf“ bei den Gewerkschaften im Ruhrgebiet hervorrief, würde möglicherweise von dem Echo überboten, das eine Dokumentation der „Filzokratie im Schulwesen“ auslösen könnte. Es wäre an der Zeit, dieses heiße Eisen einmal anzupacken, und zwar in allen Ländern der Bundesrepublik! Denn die öffentliche Schule „gehört“ weder den Parteien, noch ist sie eine Domäne der Lehrverbände oder der Gewerkschaft Er-

Mit den Beiträgen von Dr. Christoph Führ und Pfarrer Dr. Hans Bolewski in dieser Ausgabe der Evangelischen Verantwortung setzen wir die mit Artikeln von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (EV 8/76) und Dr. Günter Rohrmoser (EV 9/76) begonnene Diskussion um den Freiheitsbegriff fort.

ziehung und Wissenschaft, sondern sie ist eine „Veranstaltung des Staates“, die von der Gesamtheit der Bürger getragen wird.

Bei einer künftigen Diskussion der Ziele von Unterricht und Erziehung in der Bundesrepublik wäre zu hoffen, daß die Kirchen einen gewichtigen Sachbeitrag leisten. Ob allerdings die evangelische Kirche nach ihrem weithin mit der „progressiven“ Bildungspolitik synchronisierten Kurs dazu noch ernsthaft in der Lage ist, bleibt abzuwarten. Die Dokumentation „Die evangelische Kirche und die Bildungs-

planung“ (1972), die die Referate und Entschlüsse der Herbstsynode der EKD von 1971 zusammenfaßt, macht deutlich, in welchem Maße sich die EKD dem seinerzeitigen „Genossen Trend“ in Richtung Gesamtschulen etc. anpassen bereit war. Striche man aus dieser Dokumentation einmal alles heraus, was sich nicht ohnehin im Strukturplan des Deutschen Bildungsrats fand, bliebe fast nichts übrig. Die Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur schulpolitischen Situation in der Bundesrepublik vom 24. Oktober 1975 ist vor dem Hintergrund der „Tendenzwende“ formuliert und läßt eine Rückkehr zu pädagogischem Realismus erkennen. Auch hier greift man jedoch weithin auf gängige Formeln aus der bildungspolitischen Diskussion zurück. Vielleicht ruft sich die evangelische Kirche einmal das Wort zur Schulfrage der Synode der EKD vom April 1958 in Erinnerung. Diese Erklärung ist hochaktuell. Dort heißt es z. B.: „Erziehung kann nur in Freiheit und Wahrhaftigkeit geschehen. Deshalb erklärt die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, daß über Schule und Lehrer keinerlei kirchliche Bevormundung ausgeübt werden darf. Die sittliche und wissenschaftliche Verantwortung der Erzieher für alle Lehrgehalte und das gesamte Schulleben duldet keine weltanschauliche Bevormundung, gleich welcher Art... Entscheidend ist für den Weg der Jugend, welche Gehalte die Schule durch ihren Unterricht und ihre Lehrfächer vermittelt. Sie werden nach Auswahl und Schwergewicht dadurch bestimmt, welches geistige Erbe die Gegenwart geprägt hat und welche künftigen Aufgaben vermutlich vor ihr liegen. Diese weltlichen Fragen müssen sachgerecht, ohne weltanschauliche Überhöhung, aber auch ohne konfessionelle Enge und ohne ideologischen Zwang gelöst werden. Die Kirche kann hier um des Menschen willen, dessen Werden und Sein ihre vornehmste Sorge ist, nur warnen, über der Sache nicht den Menschen, über der Leistung nicht die Erziehung, über der Masse des Stoffes nicht die Bildung zu vergessen. Sie mahnt, diese Aufgaben so wahrzunehmen, daß nicht Menschen verschiedenster Gesinnung an dem Kinde zerren, sondern daß sie in Achtung voreinander und vor dem heranwachsenden Menschen sich zu gemeinsamem

Dienst an ihm miteinander verbinden... Die Kirche ist zu einem freien Dienst an einer freien Schule bereit.“ Dies wurde vor fast zwei Jahrzehnten gesagt. Spätere offizielle Stellungnahmen der Kirche zu Schulfragen sind zumeist von eigentümlicher Blässe. Sollte man sich der Grundlagen „evangelischer Verantwortung“ nicht mehr gewiß sein und rührt es vielleicht daher, daß selbst in so überwiegend protestantischen Ländern wie Schleswig-Holstein und Niedersachsen die CDU profilierte Katholiken als Kultusminister berief (ein Sachverhalt, dessen Tragweite vielleicht nicht voll erkannt wurde) oder müßte man sogar sagen: berufen müßte? Denn letzten Endes gehen solche politischen Entscheidungen sicher nicht auf eine grundsätzliche Präferenz der CDU für das „Katholische“ zurück, sondern auf ein Defizit im deutschen Protestantismus.

Es ist, als gäbe es keine protestantischen Pädagogen und dementsprechend auch keine protestantischen Bildungspolitiker mehr; als

Unsere Autoren:

Dr. Christoph Führ
Schloßstraße 29
6000 Frankfurt (Main) 90

Pfarrer Dr. Hans Bolewski
Colmarstraße 6
3000 Hannover-Kirchrode

Staatssekretär Prof. Dr. Roman Herzog
Schedestraße 1-3
5300 Bonn

Dr. Jürgen Todenhöfer, MdB
5300 Bonn, Bundeshaus

sei die große Geschichte protestantischer Pädagogik von Comenius über Schleiermacher bis zu Theodor Litt oder Eduard Spranger an ein Ende gelangt und als habe eine Kirche des Wortes, das zur Freiheit ruft, der heutigen Schule nichts mehr zu sagen.

So gesehen stellt die große Veränderung in unserem Bildungswesen das evangelische Christentum in Deutschland vor die Frage, ob es erneut die Kraft der Distanz findet und ob es aus dieser Kraft die Freiheit zur Geltung bringt, der die Schule und die Bildung in Deutschland Entscheidendes verdanken.

Freiheit ist nicht selbstverständlich

Hans Bolewski

Nach allen vorliegenden Erfahrungen in Wahlkämpfen ist es unwahrscheinlich, daß sich Adel und Niedertracht, Tugend und Untugend so eindeutig auf bestimmte Parteien verteilen ließen, wie dies manchmal nach außen zum Ausdruck kommt. Dr. Hans Bolewski, Vorsitzender im Unterausschuß „Politik, Kirche, Theologie“ der Studiengruppe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, geht daher in seinem Artikel der Frage nach, was es mit dem Freiheitsbegriff im evangelischen Bereich auf sich hat.

Es scheint heute in manchen Kreisen unserer Kirche so etwas wie eine Affinität zwischen Protestantismus und Sozialismus zu geben. Diese gegenseitige Zuneigung ist nicht alt. Im vorigen Jahrhundert und bis in die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts war ein Sozialdemokrat in einer evangelischen Gemeinde eine oft suspekte und einsame Gestalt. Der religiöse Sozialismus der Weimarer Zeit wurde von einer kleinen intellektuellen Elite vertreten. Er hatte in der Kirche kaum Heimatrecht und konnte auch in der Partei nur wenig Boden gewinnen. Dabei vertrat er eine durchaus genuine christliche, ja, sogar protestantische Position, nämlich die, dem „Unbedingten“ des freien, des fordernden und gnädigen Gottes gegenüber den geschichtlichen Bedingtheiten, gegenüber einer sich christlich gebenden konservativen Oberschicht ebenso wie gegenüber einer in Ideologie und Pragmatismus erstarrten Arbeiterbewegung Gehör und Geltung zu verschaffen.

Diese Wechselbeziehung von „protestantischem Prinzip und proletarischer Situation“, wie sie Paul Tillich in seinen frühen Schriften verstand, hat nach dem Krieg weder das kirchliche noch das politische Denken bestimmt. Die Zeiten waren anders geworden, und aus dem sittlichen Protest des Sozialismus wurde schließlich ein sozialpolitisches Programm mit Emanzipation und Chancengleichheit. Aber auch der Protestantismus verzichtete auf die große expressionistische Gebärde eines Paul Tillich

oder auch eines Karl Barth. Auch er wollte praktisch werden: Einzel- und Gruppentherapien, Bürgerinitiativen, Proklamationen für partizipatorische Gerechtigkeiten aller Art bestimmen seine äußere Erscheinung.

Es scheint als hätten Sozialismus und Protestantismus sich damit in ganz anderer Form gefunden, nämlich in einer neuen Gemeinsamkeit geschäftiger Aufklärung. Man spricht die gleiche Sprache der Theorie. Man vernimmt diese Sprache in Druckerzeugnissen und Bildungseinrichtungen, und wer sie vernimmt, der überwindet alte Tabus, der findet die richtige Einstellung zur Geschlechtlichkeit, der weiß, daß mit dem Tode alles aus ist und daß man auch mit Sterbenden darüber offen reden kann, der erfährt, wie man seine Interessen am Arbeitsplatz, im Staat und in der Gesellschaft durchzusetzen hat. Wer aber dies alles nicht versteht, der kann sich nur stumm seines Theoriedefizits schämen. Er kommt sich in weiten Teilen unserer beherrschenden Kirche vor wie ein Fremder. Als theologisch Gebildeter mag er darüber grübeln, ob er denn wirklich die Zeichen des religionslosen Zeitalters übersehen und damit den Augenblick seiner Mündigwerdung verpaßt habe. Fehlt es ihm an solcher Belesenheit, dann bleibt nur das resignierte Staunen. Das Drittel der Bevölkerung, das sich zunehmend der Kirche entfremdet fühlt, besteht offenbar nicht nur aus dezidierten Nichtchristen. Vielleicht ist es umgekehrt. „In jüngster Zeit gewinnen theologische Strömungen an Einfluß, die die Heilsbotschaft radikal diesseitig auslegen und den überlieferten Dualismus einebnen; Gott kennzeichnet fast nur noch eine Kommunikationsstruktur, die die Teilnehmer nötigt, sich auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung ihrer Identität über die Zufälligkeit einer bloß äußeren Existenz zu erheben.“ So die beifällige Beobachtung von Jürgen Habermas. Wo aber der bleibt, der seine bloß äußere Existenz nicht für zufällig hält und für den Gott, wenn das damit Gemeinte ernst genom-

men werden soll, eben darum mehr ist als eine Kommunikationsstruktur, stellt eine kirchlich, politisch und sozial ungelöste Frage dar. Von der Beantwortung dieser Frage hängt nämlich das tatsächlich gewährte Potential an Freiheit in Staat und Gesellschaft ab, hängt aber auch die Existenzberechtigung der Kirche ab, die eben dieser Frage nicht ausweichen kann. Kirche als Ort, wo „Gott zur Sprache kommt“ (Gerhard Ebeling), ist darum und nur darum „Institution der Freiheit“ (Johann B. Metz). Ohne diese Grundfreiheit lösen sich auch die „bürgerlichen“ Freiheiten in nichts auf.

Diese Grundfreiheit aber ist ganz und gar nicht selbstverständlich. Sie kann nicht erlassen, verordnet, zugesprochen, sie kann nicht einmal wie die verschiedenen aus ihr abgeleiteten Freiheiten begrifflich definiert werden, und zwar gerade deshalb nicht, weil sie die eine gänzlich der Verfügung des Menschen entzogene Freiheit ist. Nun ist uns in unserem Leben vieles entzogen, und wir reden von dieser Unverfügbarkeit teils mit leichtsinnigen, teils auch mit tiefsinnigen Worten. Wir sprechen vom Glück und vom Pech, wir sprechen auch vom Leid, von der Liebe, von der Freundschaft, vom Abschied, vom Tod und vom Leben, von der Krankheit und von der Gesundheit. Jeder Mensch erfährt solche Unverfügbarkeit, und er erfährt sie sehr oft als tragischen, als schwer verständlichen Eingriff in seine Freiheit. Plötzlich brechen alle Pläne zusammen. Das gilt für das persönliche, für das berufliche, auch für das politische Leben. Wir haben dies Leben nicht in der Hand. Es kann in ihm alles auch ganz anders sein. Es ist bezeichnend, daß mitten in unserem für Planungen so gut ausgestatteten Zeitalter ein Wort wieder in Mode kommt, in dem sich diese Erfahrung, daß alles so oder auch ganz anders sein kann, verdichtet; das Wort von der „Kontingenz“. Wir begegnen dieser Kontingenz ständig, nicht nur daß die Zeitungen davon voll sind, auch unser Leben erhält seine unver-

wechselbare Einmaligkeit erst durch solche Kontingenz. Nur durch sie ist der Mensch Person. Darum werden, wenn vom Leben eines Menschen die Rede ist, auch immer nur die besonderen Ereignisse erzählt, nicht das, was jeden Tag gleich ist oder was dieser Mensch mit allen Menschen gemeinsam hat. Das, was die Person, was die Individualität des Menschen ausmacht, ist gerade das, was ihm im Guten wie im Bösen widerfährt. Das scheinbar Fremde der Kontingenz wird damit zu unserem persönlichsten Besitz.

Daß dies überhaupt geschehen kann, daß wir uns das Fremde so zu eigen machen können, gründet in einer eigentümlichen Freiheit: Wir können, wie wir sagen, unsere Erfahrungen verarbeiten, wir können uns mit ihnen auseinandersetzen, wir können gleichsam mit ihnen reden. Diese innere Redefreiheit des Menschen ist nun schon in sich keineswegs selbstverständlich, sie ist es noch weniger in dem Ausmaß, den sie für die Prägung und das Bewußtsein vom menschlichen Dasein im Laufe unserer Geschichte angenommen hat.

Eines der Wörter des griechischen Neuen Testaments, die für das Freiheitsverständnis grundlegend geworden sind, bedeutet nun in der Tat ursprünglich soviel wie „Redefreiheit“. Es hat sogar seinen Ursprung im Sprachgebrauch der griechischen Polis, aber es drückt schließlich die weit über das Politische hinausreichende Erfahrung aus, daß der Mensch auch dort noch reden kann, wo er eigentlich in seiner Betroffenheit, in seiner Qual, vielleicht auch in seiner Ratlosigkeit verstummen müßte. Diese Freiheit kann auch im Neuen Testament nur in einer Metapher ausgesagt werden, die dem mythischen Denken entnommen ist. Diese Metapher gründet in dem Paradox, daß der Gekreuzigte zugleich die Verkörperung der Liebe Gottes ist. Das Kreuz hebt weder das Leid noch die Liebe auf. Beides wird an ihm offenbar. Aber in dieser Offen-

heit Gottes inmitten unserer Welt wird jetzt auch die Auseinandersetzung, die jeder über sein Leben führt, zu einer Auseinandersetzung, zu einem Gespräch mit dem, der dies Leben gegeben hat und es wieder zu sich nimmt. Indem Gott so unser Nächster wird, stürzt er die „Mächte und Gewalten“ (Kol. 2, 15), gibt er dem Gewissen, dieser Freiheit des Menschen mit sich über sich selbst zu reden, die wirkliche innere Unabhängigkeit. Gott wird der eigentliche Partner dieses freien Gesprächs.

Es liegt an diesem konstitutiven Akt, daß unsere Geschichte eine Geschichte der Freiheit geworden ist, vielleicht auch der Freiheiten, der verschiedenen Weisen und Möglichkeiten, die Freiheit auszuüben. Und es gehört wohl auch zu dieser Geschichte, daß in ihr schließlich Grund und Ursache unserer sogenannten bürgerlichen Freiheiten vergessen wurden. Die Freiheit wurde selbstverständlich, und sie wurde damit preisgegebenes Element von Programmen, Theorien und öffentlichen Meinungen, von neuen „Dogmen“, wie es in der zitierten Kolosserstelle heißt, deren Ziel gerade nicht die Befrei-

Der Bund Freiheit der Wissenschaft hat eine 41-seitige Dokumentation zum Thema „Materialien zur politischen Einseitigkeit der ESG-Köln am Beispiel des Wintersemesters 1975/76“ herausgegeben.

Interessenten können diese Dokumentation bei der Bundesgeschäftsstelle des EAK der CDU/CSU, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn beziehen.

ung, sondern die Beherrschung des Menschen ist. Hans Freyer sprach vor 20 Jahren, als das Theoriedefizit noch nicht als Mangelerscheinung galt, von den „wohlverpaßten Ideologien“. Gewissensfreiheit aber wurzelt nicht in einer Theorie oder in einer Ideologie, sie ist weder natürliche Begabung noch Frucht einer heute so genannten emanzipatorischen Erziehung. Ob sie verwirklicht wird, hängt im Grunde davon ab, wie und ob die konstitutive Wahrheit Gottes Element unseres Lebens wird, wie und ob es zu einer Begegnung mit dieser Wahrheit kommt.

Hier aber liegt heute die große Schwierigkeit, die im Weg der evangelischen Kirche in Deutschland ihren Ausdruck findet, die Schwierigkeit nämlich, von dieser Begegnung, von der „Sache mit Gott“ so zu reden, daß sie als „Sache des Menschen“, ja, als seine eigentliche und entscheidende Sache verständlich wird. Die Kirchen der Reformation hängen stärker als andere geschichtliche Bildungen der Christenheit von der Lösung dieser Schwierigkeit, vom Gelingen oder Mißlingen dessen ab, was traditionell Predigt oder Lehre genannt wird. Wir sind uns dieser Schwierigkeit heute stärker bewußt als das noch bis in die jüngste Vergangenheit hinein der Fall war, man redet offenbar darüber, aber mit diesem Bewußtsein der Sprachlosigkeit in dem, was den Kern einer reformatorischen Kirche ausmachen sollte, wächst auch die Neigung zur Flucht in soziale und therapeutische Praktiken.

Hinzu kommt, daß außerhalb und innerhalb der Kirche sich die Meinung ausbreitet, das Ausmaß der Probleme, vor denen die Menschheit heute steht, verlange nicht individuelle, sondern umfassende, globale Lösungen und entsprechende Strategien. Die Überwindung des Hungers in der Welt, die Erhaltung der lebensnotwendigen Reserven, das friedliche Zusammenleben der Völker und Rassen, das alles sind Aufgaben, die auch die Kirche unmittelbar angehen. Weltverantwortung ist ein wesentlicher Teil unserer Freiheit. Gerade weil wir Herren im Glauben sind, sind wir Knechte in der Liebe. Aber der Weg vom befreienden Wort zur hilfreichen Tat ist weit geworden, und der Zusammenhang wird oft kaum noch sichtbar. So kommt zu der Gefahr der Sprachlosigkeit die andere, daß die Tat unpersönlich, anonym und, da der menschliche Zusammenhang der Hilfe nicht mehr erkennbar ist, zutiefst unmenschlich wird.

Wie diese Gefahr des wachsenden Abstandes zwischen befreiendem Wort und liebender Tat überwunden wird, wie beides, Wort und Tat, wieder den von Gott gemeinten Sinn erhält, das ist nicht nur ein Problem theologischen Denkens, nicht nur eine Aufgabe kirchlicher, ökumenischer Strategie, es ist auch und wohl vor allem ein Aufruf dazu, von der uns geschenkten Freiheit den wirklichen praktischen Ge-

brauch zu machen, von der Freiheit nämlich unsere gegenwärtige Welt als Begegnung und damit als Aufforderung zu dem Gespräch über alles zu sehen, was an dieser Begegnung Not macht, Not auch dem Glauben. Den Geist einer Zeit nimmt nicht der ernst, der sich sein Denken von ihm vorschreiben läßt, sondern der, der sich fragend, kritisch und gewiß auch leidend sub specie dei mit ihm auseinandersetzt.

Je redlicher dies Gespräch geführt wird, je offener wir mit Gott und miteinander umgehen, umso mehr wird dies für seine und für unsere Sache austragen. Für den, der

Augen hat, zu sehen, ist die Freiheit, von der hier die Rede war, doch unter uns. Ich würde zu dieser Freiheit auch zählen, daß Christen als Christen sich in verschiedenen Parteien politisch engagieren. Das erzwingt geradezu den gegenseitigen Respekt, an dem es dem deutschen Protestantismus in politics nur allzu oft gefehlt hat. Ich habe als Abkömmling einer sozialdemokratischen Familie ein gutes Stück meines Lebens darunter gelitten, daß dies im kirchlichen Normalmilieu wie ein Makel angesehen wurde. Das sollte nie wiederkehren. Aber wir sollten auch endlich aufhören, uns gegenseitig Selbstverständlichkeiten zu sagen, wie das

leider öfters in offenen, gegen die CDU gerichteten Briefen geschieht. Wer von uns glaubt denn an den „Anspruch einer alleinseligmachenden Partei“, und wer bezweifelt unsere „solidarische Verantwortung angesichts von Hunger und Armut in der Welt“? Wir hätten einander gewiß Besseres, im gut paulinischen Sinne „Erbaulicheres“ zu sagen als solche Selbstverständlichkeiten. Der Umgang mit der uns allen geschenkten Freiheit verlangt mehr, gerade weil sie nicht selbstverständlich ist. Aber gerade deshalb ist auch der Reichtum, mit dem sie den beschenkt, der von ihr Gebrauch macht, so unendlich viel größer.

Die SPD und die „Sozialpflichtigkeit des Gewissens“

Roman Herzog

Der stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatssekretär Professor Dr. Roman Herzog, setzt sich nachfolgend mit einem im SPD-Pressedienst veröffentlichten Artikel zur Durchführung des § 218 auseinander.

Die Agitation der SPD in Sachen § 218 hat in den letzten Tagen durch einen Artikel des Kirchenreferenten beim SPD-Bundesvorstand, Rüdiger Reitz, eine völlig neue Dimension gewonnen, die im Interesse der Freiheit unseres Landes nicht unwidersprochen bleiben kann.

Rüdiger Reitz setzt sich in seinem Artikel mit den Schwierigkeiten auseinander, die der von ihm für richtig gehaltenen Politik daraus entstehen, daß immer mehr Ärzte, Schwestern und Krankenhausträger unter Berufung auf ihr Gewissen die Mitwirkung bei Schwangerschaftsunterbrechungen verweigern. Dieses Recht ist ihnen bei der Neuregelung des § 218 ausdrücklich eingeräumt worden. Vorbild war dabei Art. 4 Abs. 3 GG, der die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen rechtlich schützt.

Rüdiger Reitz hält es nun für möglich, daß Gewissensentscheidungen dieser Art ihre Grenze an einer „Sozialpflichtigkeit des Ge-

wissens“ finden. Im Klartext: Die Gewissensentscheidung, die vom Gesetzgeber ausdrücklich anerkannt wurde, soll in der Praxis nicht mehr respektiert werden, wenn daraus für den Vollzug des § 218 Schwierigkeiten entstehen.

Das ist eine wahrhaft alarmierende Stellungnahme zur Gewissensfreiheit in der Bundesrepublik.

Niemand wird bestreiten, daß der einzelne, der sich eine Gewissensentscheidung in schwierigen, weltanschaulich umstrittenen Fragen bildet, dabei nicht nur seine eigenen Interessen, sondern die Interessen der Gemeinschaft in Rechnung stellen muß. Keine der großen religiösen und weltanschaulichen Strömungen in unserem Land hat sich je dazu verstanden, Gewissensentscheidungen der hier vorliegenden Art nur aus individual-ethischen Motiven zu treffen.

Nun aber kommt das Entscheidende: Hat der einzelne seine Gewissensentscheidung getroffen, so ist sie vom Staat **uneingeschränkt zu respektieren**. Ausnahmen gibt es – und selbst dann nur in **engsten** Grenzen – nur dort, wo die Verfassungsordnung selbst Rechtsgüter anerkennt, die der Gewissensentscheidung gleichrangig entgegenstehen. Daß ein solches Rechtsgut im Falle des § 218 nicht besteht, hat das Bundesverfas-

sungsgericht in seiner Entscheidung zu dieser Vorschrift mit Nachdruck betont. Von den genannten engen Ausnahme abgesehen, gehört es zum **Wesen der Gewissensfreiheit**, daß der Staat Gewissensentscheidungen nicht danach sortieren darf, ob das Gewissen „richtig“ oder „falsch“ ausgeübt worden ist. Mit gutem Grund respektiert der freiheitliche Rechtsstaat in Fragen, die an den Kern der menschlichen Persönlichkeit rühren, ja an denen die Persönlichkeit im äußersten Falle zerbrechen kann, die letzte persönliche Entscheidung des einzelnen. Das ist der Kern freiheitlichen Demokratieverständnisses.

Anders verhält es sich nur in Systemen, die meinen, sie könnten das demokratische Prinzip und totalitäre Auffassungen miteinander in Einklang bringen – von Robespierre über Marx und Lenin bis zum heutigen Kommunismus.

Niemand unterstellt Rüdiger Reitz, daß er dieser totalitären Auffassung anhängt, für die es „falsche“ Gewissensentscheidungen geben kann. Aber der Zungenschlag, dessen er sich befleißigt, wirft die Frage immerhin auf, wie es der kirchenpolitische Referent der „Baracke“ mit dem Respekt vor dem Gewissen hält. Sie muß in den nächsten Wochen und Monaten ausdiskutiert werden.

Plädoyer für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft

Jürgen Todenhöfer

Dr. Jürgen Todenhöfer ist seit 1973 der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von 1970-1972 war er in der Bundesgeschäftsstelle der CDU als persönlicher Referent von Dr. Bruno Heck tätig. Von Beruf ist Jürgen Todenhöfer Jurist; seit 1972 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Kürzlich erschien im Seewald-Verlag sein Buch „Wachstum für alle“. Die Evangelische Verantwortung bat den Autor, unseren Lesern die wichtigsten seiner Grundgedanken zu einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft darzulegen.

Die Entwicklung der Dritten und Vierten Welt setzt ein **weltweites** wirtschaftliches Wachstum, also auch Wachstum in den Industrieländern voraus. Dieses weltweite Wachstum – „Wachstum für alle“ – kann auch erreicht werden. Die düsteren Visionen des „Club of Rome“ lassen sich schon heute zu einem großen Teil widerlegen, soweit sie von den Mitgliedern des „Club of Rome“ inzwischen nicht selbst schon relativiert wurden. Die Welt braucht dieses Wachstum der Industrieländer und der Entwicklungsländer auch, um die Probleme des Nord-Süd-Konflikts, der großen sozialen Frage unseres Jahrhunderts zu lösen. Nullwachstum in den Industrieländern würde nicht nur die Möglichkeiten der Industrieländer, Entwicklungshilfe zu leisten, verringern, sondern auch die dringend notwendige Erhöhung der Exporte der Entwicklungsländer in die Industrieländer weitgehend unmöglich machen. Es liegt daher überhaupt nicht im Interesse der Entwicklungsländer, den Wohlstand der Industrieländer zu bekämpfen, wie es ohnehin in der Entwicklungspolitik nicht darum geht, die Reichen ärmer zu machen, sondern dafür zu streiten, daß die Armen reicher werden.

Wenn ich auf die Notwendigkeit weltweiten Wirtschaftswachstums hinweise, so behaupte ich nicht, daß Wirtschaftswachstum identisch mit Entwicklung ist. Es versteht sich von selbst, daß Entwicklung und „Fortschritt“ auch kulturelle, politi-

sche und andere Faktoren voraussetzen. Das gilt für die Industrieländer wie für die Entwicklungsländer.

Zur ordnungspolitischen Problematik

Der große Abstand zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern besteht nicht, weil das jetzige System der Weltwirtschaft in seiner **Grundanlage** ein freies und marktwirtschaftliches System ist, sondern weil es gerade noch **nicht** so frei und marktwirtschaftlich ist, wie es sein könnte **und** weil die soziale Komponente dieses Systems noch unzureichend ist. Wer dies ändern will, muß zur Liberalisierung und zur Verstärkung der Entwicklungshilfe bereit sein.

Oft bin ich gefragt worden, warum ich mich mit Nachdruck für die Liberalisierung des Welthandels einsetze. Zu diesem Fragenkomplex gibt es für mich folgende klare Begründung:

Eines der größten strategischen Probleme des Westens bei der Verteidigung der freien und marktwirtschaftlichen Weltwirtschaftsordnung war auf den internationalen Konferenzen der Vergangenheit die Glaubwürdigkeit unserer marktwirtschaftlichen Bekenntnisse. Die Freiheit der Weltwirtschaft läßt sich nur schwer verteidigen, wenn man sich selbst Protektionismus nachweisen lassen muß.

Dabei liegt eine Öffnung unserer Märkte für billigere Waren aus den Entwicklungsländern gesamtwirtschaftlich in unserem eigenen Interesse.

Gerade die jetzige Phase des leichten Aufschwungs könnte und sollte die Stunde der Liberalisierung sein. Es hat wenig Sinn, wenn Arbeitslose aus strukturschwachen Branchen nun wieder an ihre alten krisenanfälligen Arbeitsplätze zurückkehren, obwohl man schon jetzt voraussehen kann, daß sie bei der

nächsten Rezession wieder entlassen werden müssen.

Wir sollten jetzt nicht überalterte Strukturen wiederaufbauen und den durch die Krise teilweise erzwungenen Strukturwandel wieder rückgängig machen. Wir sollten vielmehr alles unternehmen, um neue Arbeitsplätze in wachstumsorientierten Industrien zu schaffen, die auch 1980 noch krisenfest sind.

Einigen unserer EG-Partner, wie z. B. Italien, wird allerdings eine weitere Öffnung ihrer Grenzen wesentlich schwerer fallen als uns. Wir müssen daher – wenn wir Europa wirklich wollen – bereit sein, diese Länder bei den erforderlichen Strukturveränderungen tatkräftiger zu unterstützen als bisher.

Die Liberalisierung kann nicht vor der Agrarpolitik haltmachen. Entgegen den Äußerungen der Agrarmarktlobby handelt es sich bei den von den sog. Marktordnungen betroffenen Gütern nicht um Produkte, die in den betreffenden Entwicklungsländern selbst Mangelware sind und bei denen schon deshalb eine Beeinträchtigung des Exports der Entwicklungsländer ausscheiden würde. Diese Güter hatten 1970 immerhin einen Anteil von rund einem Drittel an den Agrarausfuhren der Entwicklungsländer.

Auch ich bin für eine angemessene und zeitlich nicht zu enge Sicherung der Einkommen unserer Landwirte. Aber es gibt – das ist meine persönliche Meinung – bessere Lösungen als die dirigistisch-planwirtschaftlichen Marktordnungen mit ihren Butter- oder Schweinebergen, ihren Denaturierungsaktionen usw. Man kann die marktwirtschaftliche Weltwirtschaftsordnung nur schwer als die beste aller Wirtschaftsordnungen empfehlen, wenn man sich selbst Planwirtschaft vorwerfen lassen muß.

Wachstum erfordert Spezialisierung

Die Öffnung der Märkte zwingt die Industrieländer zur „technolog-

schen Flucht nach vorn“, zu einer stärkeren Konzentration auf forschungs- und entwicklungsintensive Produktionen. Mit arbeits- und rohstoffintensiven Produkten, die heute teilweise nur noch deshalb verkäuflich sind, weil wir unsere Grenzen nicht öffnen, und Milliardenbeträge an Subventionen zuschießen, wird unsere Wirtschaft das Bruttosozialprodukt nicht erwirtschaften, das zur Erfüllung der sozialen Aufgaben unseres Staates erforderlich ist. Wachstum erfordert bei einem gegebenen Bestand an Arbeitskräften eine ständige Spezialisierung der Produktion. Jeder Stillstand, jedes Beharren auf einem einmal erreichten Zustand ist volkswirtschaftlich auf die Dauer ein Rückschritt. Wenn etwa Südwestfalen beim Erzbergbau und Gießereiwesen geblieben wäre, so wäre es längst von der nationalen und internationalen Konkurrenz überholt worden.

Das Basler PROGNOSE-Institut hat eine der noch recht seltenen Aussagen über zukünftige Wachstumsbereiche gemacht. Dazu gehören Maß- und Regeltechnik, Datenverarbeitung, Reaktortechnik, Elektromedizin und Werkzeugmaschinenbau. In der Regel sind es forschungs- und entwicklungsintensive Produktionen, die in den Industrieländern eine Zukunft haben.

Aufgabe einer neuen, aktiven Strukturpolitik wird es sein, die nötigen Rahmenbedingungen für die „technologische Flucht nach vorn“ zu schaffen. Dazu gehören vor allem eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung sowie ein schrittweiser Abbau von Erhaltungssubventionen. Der stärkste Druck auf eine Modernisierung und damit eine Stabilisierung unserer Wirtschaft würde jedoch von der Liberalisierung ausgehen.

Für Erhöhung der Entwicklungshilfe

Neben einer Liberalisierung ist innerhalb einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft eine verstärkte Entwicklungshilfe erforderlich, nicht nur im herkömmlichen Sinne von Kapitalhilfe und technischer Hilfe, sondern etwa auch zur Finanzierung eines wirkungsvollen Exporterlösstabilisierungssystems, als Alternative zum Integrierten Rohstoffprogramm.

Schon die entwicklungspolitische Konzeption der CDU hat sich vor wenigen Wochen grundsätzlich zum 0,7 %-Ziel bekannt, wenn auch ohne eine zeitliche Festlegung.

Ich persönlich vertrete die Auffassung, daß das 0,7 %-Ziel **sehr bald** erreicht werden muß, wenn man das Rohstoffprogramm von Nairobi und die „Neue Weltwirtschaftsordnung“ noch verhindern will, auch wenn das bis 1979, 1980 eine Verdreifachung der Entwicklungshilfe voraussetzt. Ich bin sogar der Auffassung, daß wir über kurz oder lang nicht an einer Erhöhung des 0,7 %-Ziels vorbeikommen werden, wenn wir das Verhältnis zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern stabilisieren wollen.

Im übrigen haben wir seit der Zustimmung zum Integrierten Rohstoffprogramm von Nairobi durch die sozial-liberale Koalition, das die Bundesrepublik allein für die Lagerhaltung von 18 Rohstoffen innerhalb der ersten fünf Jahre nach Schätzungen über 20 Milliarden DM kosten würde – gar nicht mehr die Wahl, ob wir erhöhte finanzielle Mittel zur Lösung des Nord-Süd-Konflikts bereitstellen wollen oder nicht. Wir haben allenfalls noch die Wahl, ob wir diese Gelder zur Erreichung eines freien oder eines

planwirtschaftlichen Systems ausgeben.

Ich weiß, wie stark der Widerstand der Haushaltsexperten aller Parteien gegen erhöhte Entwicklungshilfe sein wird. Aber das Budget, das diese zu kontrollieren haben, wird, wenn stattdessen ordnungspolitische Zugeständnisse an eine planwirtschaftliche Weltwirtschaftsordnung gemacht werden, eines Tages so kümmerlich sein, daß sie sich nach den Zeiten zurücksehnen werden, als die freie Weltwirtschaftsordnung noch mit vergleichsweise geringen Zugeständnissen hätte verteidigt werden können.

Liberalisierung und verstärkte Entwicklungshilfe sind der Preis zur Erhaltung unseres Systems. Wenn wir hierzu nicht bereit sind, wird es in zehn Jahren keine freie Weltwirtschaftsordnung mehr geben.

Die Durchsetzung beider Forderungen ist in erster Linie ein Problem politischer Führung. Die westlichen Demokratien sind nicht unregierbar geworden, wie manche behaupten. Richtig aber ist, daß ihren Regierungen häufig der Mut zu echter politischer Führung fehlt.

Auch das konservative und liberale Lager unseres Landes zeigt eine bemerkenswerte Scheu, offensiv für das System der freien Weltwirtschaft und seinen Ausbau einzutreten, obwohl letztlich nichts anderes gefordert wird, als eine konsequente Übertragung der Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Wer jedoch mit solcher Zaghaftigkeit an der Seitenlinie des weltwirtschaftlichen Kampfes der Systeme stehen bleibt, wird eines Tages feststellen, daß der Kampf ohne ihn gegen ihn ausgegangen ist.

Aus unserer Arbeit

EAK im Gespräch mit der AEJ

Bonn: Zu einem Informations- und Meinungsaustausch über bildungs-, jugend- und entwicklungspolitische Fragen kamen Vertreter des Evangelischen Arbeitskreises der CDU mit dem Vorstand der Arbeitsge-

meinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ) am 26. August 1976 in Bonn zusammen. Die Gesprächsleitung lag beim stellvertretenden Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, Staatssekretär Professor Roman Herzog, und dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen

Jugend, Landesjugendpfarrer Erich Eitzner. Das Gespräch fand in guter und sachlicher Atmosphäre statt; beide Seiten betonten die Bedeutung der außerschulischen Jugendarbeit als wichtigen Bestandteil einer zukunftsweisenden Bildungs- und Gesellschaftspolitik. Die AEJ informierte die CDU ausführlich

über gegenwärtige Tendenzen in der Jugendarbeit, die durch das Problem der Jugendarbeitslosigkeit, die Situation in der Ausbildung und den Leistungsdruck an den Schulen bestimmt sind. Die Gesprächsteilnehmer hielten eine Entschlackung der Lehrpläne für notwendig.

Als vorrangig wurde die Reform der Jugendhilfe angesehen. Dabei gelte es, die Einheit der Jugendhilfe zu sichern. Während sich die AEJ-Vertreter gegen Teilreformen der Jugendhilfe wandten, erläuterte die CDU ihren Vorschlag, nach Verabschiedung einer Gesamtkonzeption für die Reform und einem Zeitplan je nach Finanzlage ein neues Jugendhilferecht stufenweise zu verwirklichen.

Ausführlich wurde das Verhältnis von freien und öffentlichen Trägern erörtert. Hierbei erklärten die Vertreter der CDU zur „Mannheimer Erklärung“ ihrer Partei, daß nicht an ein Verbandsgesetz gedacht sei, das in die Autonomie der freien Träger eingreife. Der Vorstand der AEJ sprach an dieser Stelle auch den Antrag der CDU im Haushaltsausschuß des Bundestages auf Streichung der Mittel für die Naturfreundejugend an.

Der Stellenwert der Entwicklungshilfe im Rahmen einer CDU-Gesamtpolitik wurde ausdrücklich hervorgehoben. Die AEJ erläuterte in diesem Zusammenhang ihre Position zur Lage im südlichen Afrika. Die CDU-Vertreter informierten über den von der CDU geprägten Begriff einer „internationalen sozialen Marktwirtschaft“.

Beide Seiten vereinbarten nach diesem Gespräch über grundsätzliche Fragen, den Meinungsaustausch über die jugendpolitischen Konzeptionen der CDU und der AEJ fortzusetzen.

Beim Kranken nicht nur Organdefekte behandeln

Oldenburg: In einer „humanen, im Christentum verankerten Medizin“, die den Patienten nicht bloß als reparaturbedürftigen Gegenstand betrachte, sieht der Oldenburger Arzt, Dr. Hans-Fokke Hinrichs, eine Überlebenschance für die konfessionellen Krankenhäuser.

Hinrichs sprach vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU Oldenburg.

Das neue Krankenhausfinanzierungsgesetz, so Hinrichs, garantiere zwar die finanzielle Sicherung der Krankenhäuser, hebe jedoch ihre Autonomie weitgehend auf; auch die immer kleiner werdende Zahl geistlicher Schwestern wirke sich nachteilig auf die Situation konfessioneller Krankenhäuser aus. Diese Kliniken könnten nur überleben, wenn es ihnen gelinge, eine Alternative zu den nicht konfessionellen Krankenhäusern zu finden.

Das Ziel müsse sein, nicht nur den Organdefekt zu behandeln, sondern daneben auch psychosomatische und soziale Aspekte in die Therapie mit einzubeziehen; wichtig sei vor allem die persönliche Hinwendung zum Patienten. Diese Gesichtspunkte, forderte Dr. Hinrichs, müßten wesentlich stärkeres Gewicht in der Ausbildung von Ärzten und Pflegepersonal bekommen.

Eine christlich ausgerichtete Medizin erfordere darüber hinaus eine Stellungnahme zu Themen wie Schwangerschaftsabbruch, aktive und passive Sterbehilfe, Wahrheit am Krankenbett – „jedoch nicht in dem Sinne, daß hier die Kirche im Grundsatz bestimmt, was sittlich gut ist.“ Diese Themen, so Dr. Hinrichs, verlangten „eine auf die konkrete Situation bezogene, in Verantwortung vor Gott zu treffende Entscheidung.“

Arnulf Borsche neuer EAK-Vorsitzender in Hessen

Frankfurt: Zum neuen Landesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Hessen wurde kürzlich der Frankfurter Landtagsabgeordnete Arnulf Borsche einstimmig gewählt. Borsche folgt in diesem Amt der Bundestagsabgeordneten Dr. Hanna Walz (Fulda), die den Vorsitz vierzehn Jahre lang innehatte und dem Landesvorstand des EAK auch weiterhin angehören wird. Frau Dr. Walz hatte mit Rücksicht auf ihre hohe Belastung als Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Europäischen Parlaments auf eine erneute Kandidatur für den Landesvorsitz verzichtet. Zu stellvertretenden Vorsitzenden des EAK wurden Ingo Berner (Gießen) und Wolfgang

Windfuhr, MdL (Kassel) gewählt. Weiter gehören dem neuen Landesvorstand an Walter Baer (Offenbach) und Karlheinz Lange (Offenbach-Land).

Borsche erklärte nach seiner Wahl, daß der EAK als Vereinigung evangelischer Mitglieder innerhalb der CDU/CSU noch mehr als bisher das Gespräch mit der Kirche suchen und pflegen wolle. Viele evangelische Christen in der CDU wären nicht immer glücklich über von ihrer Kirche bezogene Positionen und abgegebene Stellungnahmen. Sich aber deshalb von der Kirche abzuwenden, wäre falsch, meinte der neue Vorsitzende. Vielmehr müsse in ständigem Kontakt um mehr Verständnis für die Fragen des politischen Alltags und die Grundlagen für weitreichende politische Entscheidungen geworben werden. In diesem Sinne aktiv und attraktiv zu sein, betrachte er als Hauptaufgabe des EAK, sagte Borsche weiter. Dagegen könne keine Rede von neuer Konfessionalisierung im politischen Bereich sein. Dieses Problem wäre durch den Unionsgedanken längst gelöst.

Für die nahe Zukunft plane der EAK eine Reihe von Informationsgesprächen und Diskussionsveranstaltungen mit Vertretern der evangelischen Landeskirchen in Hessen auf Landes- aber auch auf regionaler Ebene, war von Borsche weiter zu hören. Eine Aussprache mit der Kirchenleitung von Kurhessen-Waldeck hätte bereits in Anwesenheit des EAK-Bundesvorstandsmitglieds Dr. Richard von Weizsäcker, MdB, stattgefunden. Im südhessischen Raum fand eine Veranstaltung für Pfarrer und Presbyter Ende August statt, wobei vom Bundesvorstand des EAK Dr. Werner Dollinger, CSU-MdB und Prof. Dr. Wilhelm Hahn, der baden-württembergische Kultusminister, teilnahmen.

Nachtrag

In der September-Ausgabe der Evangelischen Verantwortung gaben wir Ihnen die Anschriften der Rundfunk- und Fernsehanstalten in der Bundesrepublik bekannt.

Wir bitten um Kenntnisnahme folgender Ergänzung:

Radio Bremen
Heinrich-Hertz-Straße 13
2800 Bremen
Telefon (04 21) 42 71

Der Tod von Pfarrer Oskar Brüsewitz hat uns in überraschender Weise deutlich gemacht, wie schwierig die Situation der Kirchen im andern Teil Deutschlands ist.

Unmittelbar nach dem Tode von Brüsewitz sandte Kai-Uwe von Hassel in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien Frau Brüsewitz ein Telegramm, in dem er ihr und den Kindern herzliche Anteilnahme aussprach.

Gleichzeitig stellte Kai-Uwe von Hassel in einer Presseerklärung folgendes fest: *„Der Tod eines seiner Kirche so verpflichteten Dieners, wie Oskar Brüsewitz es war, beweist, daß in der DDR der Druck gegen die Kirche sowie die gesellschaftliche Diskriminierung besonders junger Christen erheblich zugenommen hat. Die DDR wird sich fragen lassen müssen, wie sie diese Verhaltensweise mit ihrer Unterschrift unter die Schlußakte von Helsinki in Einklang bringen will. Meine Anteilnahme gehört in dieser Stunde besonders Frau Brüsewitz und ihren beiden Kindern, die über viele Jahre unter großen persönlichen Opfern die seelsorgliche Tätigkeit ihres Mannes und Vaters unterstützt haben.“*

Auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) befaßte sich auf seiner Ende August stattgefundenen Sitzung mit dem Tod von Pfarrer Oskar Brüsewitz und erklärte dazu folgendes:

„Der Rat gibt seiner Betroffenheit über die öffentliche Selbstverbrennung eines evangelischen Pfarrers in Zeitz Ausdruck. Er kann diesen erschütternden Vorgang nicht von der Tatsache lösen, daß Pfarrer Oskar Brüsewitz in einer Gesellschaft lebte, welche die Verkündigung der Herrschaft Gottes über alle Bereiche menschlichen Lebens in Frage stellt.

Dankbar nimmt der Rat das Wort der Magdeburger Kirchenleitung zur Kenntnis. Er bittet die Gemeinden um Fürbitte für die Familie des Verstorbenen, für die in ihrem Dienst bedrängten kirchlichen Mitarbeiter in der DDR und für alle

Christen, die in verschiedenen Ländern der Erde um ihres Glaubens willen leiden oder verfolgt werden.

Der Rat versteht die Verzweiflungstat von Pfarrer Brüsewitz auch als Aufruf an alle, die in unserem Land uneingeschränkt ihres Glaubens leben können. Er ruft die Gemeinden auf, wieder aufmerksamer auf Gottes Wort zu hören, in den Bemühungen um die christliche Erziehung der Jugend nicht nachzulassen und an der Gemeinschaft der Kirche festzuhalten.“

Besonders makaber waren die ausführlichen Kommentare im Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ sowie in der Publikation der DDR-CDU „Neue Zeit“. So betont das „Neue Deutschland“: *„Religiöse Motive können für die Parteinahme der EKD für Brüsewitz nicht entscheidend gewesen sein, denn das Recht auf freie Religionsausübung ist durch die Verfassung der DDR garantiert und wird tagtäglich praktiziert. Die Handlungen Brüsewitz's, der nicht alle fünf Sinne beisammen hatte, haben sehr oft mehr den Geschichten von Karl May als den Geboten der Kirche entsprochen.“* – Der Kommentar, der überschrieben war *„Du sollst nicht falsch Zeugnis reden“*, behauptete, Brüsewitz sei in Anbetracht seiner krankhaften Verhaltensweisen *„schon lange, auch von Mitgliedern seiner Gemeinde und von Amtsbrüdern – als ungewöhnlich, ja anormal und als geisteskrank bezeichnet worden.“*

Die „Neue Zeit“ nennt Brüsewitz einen „abnormal und krankhaft veranlagten Menschen“, einen „Vereinsamten“, „Gescheiterten“, einen „von Wahnvorstellungen Befallenen“. Weder mit seiner kirchlichen noch mit seiner politischen Umwelt habe Brüsewitz in ein normales Verhältnis zu kommen gewußt. Deshalb habe die Magdeburger Kirchenleitung, „da immer mehr Einwohner sich von ihm distanzieren und auch viele kirchliche Amtsträger sich über ihn empörten“, ihn zu einem Wechsel im Amt zu bewegen versucht.

Die Magdeburger Kirchenleitung dagegen hat den Kommentaren im SED-Zentralorgan „Neues Deutsch-

land“ sowie der „Neuen Zeit“ widersprochen. In einer Gegendarstellung, die am Freitag, 3. September, den beiden Zeitungen zugesandt und gleichzeitig den Pfarrern und Gemeinden der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen übermittelt wurde, bezeichnet die Kirchenleitung das in den Kommentaren dieser Blätter vom 31. August gezeichnete Bild vom pfarramtlichen Dienst des Pfarrers Brüsewitz als eine „böartige Karikatur“. Es sei beschämend, wie hier die persönliche Würde und das Andenken eines Verstorbenen verletzt würden. „Solche Praktiken stören alle Bemühungen um ein Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Kirche“, heißt es dazu wörtlich.

In dem vom stellvertretenden Bischof Probst Friedrich-Wilhelm Baumer unterzeichneten Brief tritt die Kirchenleitung erneut der These entgegen, Brüsewitz sei geisteskrank gewesen. Seine „außergewöhnlichen Aktionen“ kennzeichneten nicht das Ganze seines pfarramtlichen Dienstes. Die Kirchenleitung wiederholt ihre bereits bei der Beerdigung getroffene Feststellung: „Wir distanzieren uns von dem Menschen und Bruder nicht.“ Insbesondere wird der Versuch zurückgewiesen, sich für die These seiner Geisteskrankheit auf aus dem Zusammenhang gerissene kirchliche Äußerungen zu berufen. Auch habe die Ende Juli Brüsewitz gegebene Empfehlung, sich um eine neue Pfarrstelle zu bewerben, „mit disziplinarischen Maßnahmen nichts zu tun.“ Vielmehr gehe sie auf die schwierige Situation zurück, die für Brüsewitz seit langer Zeit im Kreise Zeitz entstanden war, und auch auf Kritik, die in zunehmendem Maße von Gemeindegliedern an Brüsewitz geübt worden sei.

Die Kirchenleitung geht an Hand von Beispielen richtigstellend auf Einzelheiten der von den DDR-Zeitungen gegebenen Charakterisierung der Wirksamkeit von Brüsewitz ein und erklärt, diese Darstellung der Person und des Lebenslaufes von Brüsewitz besteht „aus Fakten, Gerüchten und freien Erfindungen.“

Kultusminister Prof. Hahn zur Oberstufenreform

Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Vorwurf der CDU/CSU und auch vieler Eltern den hessischen Bildungspolitikern gegenüber, mit Hilfe der Oberstufenreform das Gymnasium zu zerschlagen, zutrifft.

Zu diesem Fragenkomplex äußerte sich kürzlich der stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der baden-württembergische Kultusminister Prof. Dr. Wilhelm Hahn wie folgt:

Es ist gar kein Zweifel, daß in den SPD-regierten Ländern, zumal in Hessen, eine Neigung besteht,

die Oberstufe vom Gymnasium loszulösen, um die vertikale Linie, die das Gymnasium durchzieht, zu unterbrechen und ein neues pädagogisches Klima zu schaffen. Dagegen wenden wir uns eindeutig. Und deshalb sind wir auch gegen die Mammutsysteme mit ihrem Kurs-Supermarkt, dessen Überangebot die Schüler meist überfordert, während in überschaubaren Gymnasien menschliche Kontakte auch im Kurssystem noch erhalten bleiben.

Und auf die Frage: „Warum ist das deutsche Gymnasium so wertvoll?“ antwortete Wilhelm Hahn:

Ich glaube, daß das deutsche Gymnasium eine hervorragende Vorbereitung auf ein wissenschaftliches Studium darstellt und daß es

jenem Begabungstyp, der auf das Theoretische besonders anspricht, die besten Möglichkeiten bietet. Die Blüte der deutschen Wissenschaft im 19. Jahrhundert kam ja nicht von ungefähr. Auch daß wir uns nach 1945 wissenschaftlich und ökonomisch so schnell erholt haben, hing mit dem intakt gebliebenen gymnasialen Bildungssystem zusammen. Eine Nivellierung würde zu einem Rückgang kultureller und wirtschaftlicher Leistung und zu einem Verlust an sozialen Möglichkeiten führen.

Diesen Ausführungen von Wilhelm Hahn kann derjenige, der um die oft geistige Not, in der sich Schüler, Eltern und Lehrer aufgrund der Zustände in unseren Schulen befinden, nur voll zustimmen.

Leser-Briefe

Die hier geäußerten Meinungen brauchen nicht mit der Ansicht des Herausgebers oder der Redaktion übereinzustimmen.

Politische Aufklärung notwendig

Meiner Meinung nach müßte viel mehr darauf hingewiesen werden, daß es schlichtweg unmöglich ist, gleichzeitig Christ und Sozialist zu sein. In naiven Gemütern spukt der Gedanke, daß man erst einmal zusammen mit den Sozialisten (und Kommunisten!) die Gleichheit aller Menschen verwirklichen müsse. Als Vorbild wird die christliche Urkirche der ersten Jahrhunderte angesehen. (Hier begeht man einen der typischen Denkfehler des Sozialismus, geschichtliche Ereignisse aus ihrem Zusammenhang zu reißen und auf

heutige Verhältnisse zu übertragen.) Hat man erst einmal die große Gleichmacherei geschafft, glaubt man, sich mit den Ultra-Linken auch über die Religion einigen zu können. Immerhin leugnen sie doch nicht „den guten Menschen von Nazareth“.

Ich möchte an dieser Stelle kurz über die Erfahrungen berichten, die ich in dem allwöchentlich stattfindenden Gesprächskreis (abwechselnd Bibel- und aktuelle Themen) einer Frankfurter Gemeinde gemacht habe. Ich bin dort das einzige CDU-Mitglied und habe eine Zeitlang versucht, mit dem Rücken zur Wand zu kämpfen. Seit jedoch der Pfarrer unter großem allgemeinen Beifall meinte, das „C“ im Namen der CDU sei „eine offene Null“, sehe ich für mich keine Möglichkeit mehr, Diskussionen zu führen. — Nur wenige der Gesprächsteilnehmer sind wirklich politisch engagiert. Sie ordnen sich jedoch alle den linken Wortführern unter. Daher wäre eine stärkere Aufklärung, die sich an alle Christen — nicht nur an die Leser der Evangelischen Verantwortung wendet, dringend notwendig.

Karla Brigitte Görlich
Postfach 30 28
6000 Frankfurt 1

Die christlichen Koordinaten der Europapolitik

Der Satz von Walter Schmithals: Es gibt außer der Liebe keine spezifisch christlichen Werte. im Politischen (EV 6-7/76, S. 5), wirft eine Frage auf. Warum wollen wir nicht aus der Geschichte lernen, wie die Politik auf Religion zu gründen ist?

Spezifisch christliche Werte im Politischen gab es in China seit Kung (551-479 v. Chr.) und seinen Schülern, den Literaten bis z. J. 1905. Ihre Staatslehre ist mit Dutzenden christlicher Gedanken durchsetzt. Z. B.:

„Erst muß man die Wahrheit erkennen“. Lü Bu We S. 183
Vgl.: Eph. 6.14, Joh. 8.32

„Wenn man die menschlichen Leidenschaften kennt, aber sie nicht abtun kann, was hilft es einem dann, wenn man die ganze Welt gewinnt. Es gibt kein größeres Übel als die Dummheit“.
Lü Bu We S. 449

Vgl.: Matth. 16.26

„Was man aus allen Kräften verehrt, offenbart sich“.

Li Gi S. 264
Vgl.: Jer. 29.13

„Was du selbst nicht wünschst,
das tu nicht anderen an!“

Lun Yü S. 119

Vgl.: Matth. 7.12

„Frei von Fehlern bleiben“.

Lü Bu We S. 232

Vgl.: Gal. 5.13

„Wenn wirklich neu, dann . tag-
täglich neu“!

Li Gi S. 24

Vgl.: Eph. 4.12, Ps. 51.12

Mit ihrer Staatslehre übten die Literaten politischen Einfluß aus sogar dann, wenn sie nicht im Besitz der Staatsgewalt waren. Wenn die Chinesen bis heute überlebten und mit vielen Völkern Ostasiens Jahrtausende hindurch in einer Völkerfamilie verbunden blieben, obwohl zersetzende Kräfte von innen und außen immer am Werke waren und sind, dann haben die heute in China nicht mehr anerkannten Literaten mit der auf christlicher Ethik beruhenden Politik Aufgaben gelöst, vor denen heute Europäer stehen: in Zukunft dauernd verträglich miteinander leben.

Nach den Erfahrungen der Literaten sind nicht Liebe, nicht Toleranz, nicht Gebote bzw. Gesetze, Verträge oa. christliche Koordinaten einer auf Vereinigung und Befriedung gerichteten Politik, sondern Gegenseitigkeit, verstanden als beiderseitiges Entgegenkommen und durch das Bemühen, Leistungen und Gegenleistungen, Pflichten und Rechte zu beiderseitigem Vorteil auszugleichen, Persönlichkeitskultur, verstanden als Streben nach Freiheit und Selbsterneuerung, Suchen nach Wahrheit, verstanden als Erkennenwollen der Wirklichkeit um und in uns.

Die Liebe war den Literaten als Krone ethischer Werte wohl bekannt. Sie übten vorbildlich Toleranz. Aber

im Laufe der Jahrtausende waren sie viel zu gute und geübte Psychologen geworden, um die problematischen Wirkungen der Liebe und Toleranz in der Politik zu übersehen.

Die Psychologie ist im Westen ein zu junger Wissenschaftszweig (W. Wundt, 1832–1920, S. Freud, 1856–1939). Eine Berufsgruppe der Psychologen existiert im Parlament nicht. Es fehlen deshalb die Voraussetzungen, politische Vorgänge psychologisch zu beurteilen und einzusehen, daß christliche Koordinaten in die römischen Verträge vom März 1957 gehörten. Europa nur durch eine gemeinsame Wirtschaft einen und befrieden zu wollen – ein materielles Element – und nicht durch so viele Gemeinsamkeiten wie möglich, auch durch ethische Elemente, liegt wohl daran, daß wir in einer Zeit des Materialismus leben, Religion und Ethik unbewußt unterschätzen. Mit irrigen oder fehlenden religiösen Koordinaten wird nach den Erfahrungen der Literaten eine auf Vereinigung und Befriedung gerichtete Politik ebenso wenig Erfolg haben, wie ein Schiff mit fehlerhafter Kompaßzahl den Zielhafen erreicht.

Kein einziger Parlamentarier – gleich welcher Partei – in einem direkt oder indirekt gewählten Europaparlament wagte, seine Politik auf religiöse Leitwerte zu stützen, wenn deren politischer Wert seinen Wählern unbekannt bleibt. Umgekehrt erlaubte sich kein Politiker, religiöse Leitwerte zu ignorieren, die seine Wähler als Richtlinien ihres persönlichen Verhaltens und der Politik für unerläßlich halten. Demokratische Politiker neigen dazu, sich nach dem zu richten, was Demoskopien als Meinung der Mehrzahl der Wähler bestätigen.

Zur Berufspflicht aller Theologen gehört es zu prüfen und zu wissen, wie sich christliche Grundwerte in der Politik der Vergangenheit – auch in der chinesischen – bewährten und welche nicht. Voll und ganz haben sie sich für die Auswertung dieser Erfahrungen einzusetzen. Die Unterstützung aller, die sich als Christen bekennen, ist ihnen sicher dabei. Es ist die Mehrzahl der Europäer der EG. Nur Theologen können die Initialzündung dafür geben, daß sich die Europäer neben der gemeinsamen Wirtschaft, dem materiellen Element, der Notwendigkeit gemeinsamer christlicher Koordinaten, eines ethischen Elementes, bewußt werden. In vorbildlicher demokratischer Verantwortung beweisen sie dann, daß Europa „eine Sache aller sein muß“, wie das Leo Tindemans für erforderlich hält.

Nach chinesischen Erfahrungen setzt dies voraus, die christlichen Grundwerte unmißverständlich und für jedermann annehmbar zu definieren. Praktische Politik beginnt bereits mit der Definition ethischer Werte. Dabei mitzuwirken, dürfte im Aufgabenbereich des EAK liegen. Mit der Initiative der Theologen ist zu erwarten, daß die Ambivalenz der Sozialisten auch der sehen lernt, für den der Satz von Walter Schmitz: „Ein Christ müsse auch Sozialist sein, eine dezidiert christliche Norm darstellt“ (aaO. S. 6). Gegenseitigkeit als christlicher Grundwert der Politik und Klassenkampf als sozialistischer Grundsatz, mag er offen oder unterschwellig, ökonomisch oder psychologisch geföhrt werden, sind unvereinbare Gegensätze, deutlichere als sie Freiheit und Sozialismus sein können.

Heinz Lippert
Troppauer Straße 26
6300 Gießen

Gemeindetag **unter dem Wort**

Jesus der wiederkommende Herr

Dortmund, Westfalenhalle/Westfalenstadion, 17. bis 19. Mai 1977

„Was du selbst nicht wünschst,
das tu nicht anderen an!“

Lun Yü S. 119

Vgl.: Matth. 7.12

„Frei von Fehlern bleiben“.

Lü Bu We S. 232

Vgl.: Gal. 5.13

„Wenn wirklich neu, dann . tag-
täglich neu“!

Li Gi S. 24

Vgl.: Eph. 4.12, Ps. 51.12

Mit ihrer Staatslehre übten die Literaten politischen Einfluß aus sogar dann, wenn sie nicht im Besitz der Staatsgewalt waren. Wenn die Chinesen bis heute überlebten und mit vielen Völkern Ostasiens Jahrtausende hindurch in einer Völkerfamilie verbunden blieben, obwohl zersetzende Kräfte von innen und außen immer am Werke waren und sind, dann haben die heute in China nicht mehr anerkannten Literaten mit der auf christlicher Ethik beruhenden Politik Aufgaben gelöst, vor denen heute Europäer stehen: in Zukunft dauernd verträglich miteinander leben.

Nach den Erfahrungen der Literaten sind nicht Liebe, nicht Toleranz, nicht Gebote bzw. Gesetze, Verträge oa. christliche Koordinaten einer auf Vereinigung und Befriedung gerichteten Politik, sondern Gegenseitigkeit, verstanden als beiderseitiges Entgegenkommen und durch das Bemühen, Leistungen und Gegenleistungen, Pflichten und Rechte zu beiderseitigem Vorteil auszugleichen, Persönlichkeitskultur, verstanden als Streben nach Freiheit und Selbsterneuerung, Suchen nach Wahrheit, verstanden als Erkennenwollen der Wirklichkeit um und in uns.

Die Liebe war den Literaten als Krone ethischer Werte wohlbekannt. Sie übten vorbildlich Toleranz. Aber

im Laufe der Jahrtausende waren sie viel zu gute und geübte Psychologen geworden, um die problematischen Wirkungen der Liebe und Toleranz in der Politik zu übersehen.

Die Psychologie ist im Westen ein zu junger Wissenschaftszweig (W. Wundt, 1832–1920, S. Freud, 1856–1939). Eine Berufsgruppe der Psychologen existiert im Parlament nicht. Es fehlen deshalb die Voraussetzungen, politische Vorgänge psychologisch zu beurteilen und einzusehen, daß christliche Koordinaten in die römischen Verträge vom März 1957 gehörten. Europa nur durch eine gemeinsame Wirtschaft einen und befrieden zu wollen – ein materielles Element – und nicht durch so viele Gemeinsamkeiten wie möglich, auch durch ethische Elemente, liegt wohl daran, daß wir in einer Zeit des Materialismus leben, Religion und Ethik unbewußt unterschätzen. Mit irrigen oder fehlenden religiösen Koordinaten wird nach den Erfahrungen der Literaten eine auf Vereinigung und Befriedung gerichtete Politik ebenso wenig Erfolg haben, wie ein Schiff mit fehlerhafter Kompaßzahl den Zielhafen erreicht.

Kein einziger Parlamentarier – gleich welcher Partei – in einem direkt oder indirekt gewählten Europaparlament wagte, seine Politik auf religiöse Leitwerte zu stützen, wenn deren politischer Wert seinen Wählern unbekannt bleibt. Umgekehrt erlaubte sich kein Politiker, religiöse Leitwerte zu ignorieren, die seine Wähler als Richtlinien ihres persönlichen Verhaltens und der Politik für unerläßlich halten. Demokratische Politiker neigen dazu, sich nach dem zu richten, was Demoskopien als Meinung der Mehrzahl der Wähler bestätigen.

Zur Berufspflicht aller Theologen gehört es zu prüfen und zu wissen, wie sich christliche Grundwerte in der Politik der Vergangenheit – auch in der chinesischen – bewährten und welche nicht. Voll und ganz haben sie sich für die Auswertung dieser Erfahrungen einzusetzen. Die Unterstützung aller, die sich als Christen bekennen, ist ihnen sicher dabei. Es ist die Mehrzahl der Europäer der EG. Nur Theologen können die Initialzündung dafür geben, daß sich die Europäer neben der gemeinsamen Wirtschaft, dem materiellen Element, der Notwendigkeit gemeinsamer christlicher Koordinaten, eines ethischen Elementes, bewußt werden. In vorbildlicher demokratischer Verantwortung beweisen sie dann, daß Europa „eine Sache aller sein muß“, wie das Leo Tindemans für erforderlich hält.

Nach chinesischen Erfahrungen setzt dies voraus, die christlichen Grundwerte unmißverständlich und für jedermann annehmbar zu definieren. Praktische Politik beginnt bereits mit der Definition ethischer Werte. Dabei mitzuwirken, dürfte im Aufgabenbereich des EAK liegen. Mit der Initiative der Theologen ist zu erwarten, daß die Ambivalenz der Sozialisten auch der sehen lernt, für den der Satz von Walter Schmitz: „Ein Christ müsse auch Sozialist sein, eine dezidiert christliche Norm darstellt“ (aaO. S. 6). Gegenseitigkeit als christlicher Grundwert der Politik und Klassenkampf als sozialistischer Grundsatz, mag er offen oder unterschwellig, ökonomisch oder psychologisch geführt werden, sind unvereinbare Gegensätze, deutlichere als sie Freiheit und Sozialismus sein können.

Heinz Lippert
Troppauer Straße 26
6300 Gießen

Gemeindetag **unter dem Wort**

Jesus der wiederkommende Herr

Dortmund, Westfalenhalle/Westfalenstadion, 17. bis 19. Mai 1977

Stilfragen des Wahlkampfes

Nachlese zu einer Tagung der Ev. Akademie Bad Segeberg am 4. und 5. September 1976.

Von der Wahrheit lassen Sie uns sprechen, und nicht vom Stil. G. E. Lessing

„Stilfragen politischer Auseinandersetzung — Feindbild oder demokratische Gegnerschaft“ stand auf der Einladung, mit der die Evangelische Akademie in Bad Segeberg zu ihrer Jahrestagung eingeladen hatte. Politische Prominenz aus den obersten Etagen der Bundespolitik machte das Programm der Tagung attraktiv, das mit Journalistengesprächsrunden delikate garniert war. Sie alle sollten Stellung nehmen zum Wahlkampfstil der Parteien. Man hatte die Spitzenpolitiker, die zum Tagungsthema aus der Sicht jeweils ihrer Partei sprechen sollten, einzeln nacheinander auftreten lassen, so daß der mit Hubschrauber eingeflogene Innenminister Prof. Werner Maihofer am Sonnabendnachmittag und SPD-Vorsitzender Willy Brandt am Sonntagvormittag schlicht an dem vorbereiten mußten, was Prof. Kurt Biedenkopf am Sonnabendvormittag aus der Sicht der CDU zum Tagungsthema — und natürlich im Blick auf die nach ihm auftretenden Repräsentanten der beiden anderen Parteien — zu sagen mußte. Ob das eine Stilfrage der Tagungspraxis einer Evangelischen Akademie ist, bleibe dahingestellt. Akademiedirektor Dr. Lyko jedenfalls meinte bei seiner Eröffnung, der erste der Hauptredner habe es gut, die beiden nach ihm hätten es aber besser. Genau genommen hatten es alle nicht gut, denn die promin-

ten Redner sollten zu einer Frage Stellung nehmen, die — so würde der Stilkritiker sagen — von vornherein verfremdet war. Die Frage nach dem Stil politischer Auseinandersetzung im Wahlkampf war vordergründig — besser hintergründig, denn in den Vordergrund rückte die Diskussion um das Wahlkampfthema der Unionsparteien. Daß es darauf hinauslaufen würde, war den Kundigen schon vorher klar, und klar war vorher auch, was von SPD und F.D.P. dagegen vorgebracht werden würde: „schlechter politischer Stil“.

Professor Kurt Biedenkopf hat das hintergründige Thema souverän — wie ein prominenter nordelbischer Bischof meinte — abgehandelt. Er legte dar, daß es ganz und gar nicht stilllos oder stilwidrig ist, sondern dem Stil politischer Auseinandersetzung gemäß, weil mit dem Gegenstand, um den es geht, nicht im Widerspruch stehend, wenn die CDU „Freiheit statt Sozialismus“ als Wahlkampfthema gewählt hat. Er nannte es legitim, vom politischen Gegner die Beweislast einzufordern, daß Demokratie sich im Sozialismus verwirklichte und daß der Sozialismus mehr Freiheit bringe. Wenn dagegen der Vorwurf der Stilwidrigkeit erhoben wird, dann, so Biedenkopf, ist das ein Zeichen von Schwäche. Maihofer und Brandt haben mit liberalem und sozialistischem Pathos ihre

Gegenthese vom „schlechten Stil“, vom demagogischen Stil, variiert, wobei mehr oder weniger deutlich wurde, daß die Frage nach dem Stil politischer Wahlkampfauseinandersetzung keinem so recht schmeckte. Was den Stil anlangt, so konnte der zuhörende und zuschauende Teilnehmer am Ende nur feststellen, daß halt jeder seinen eigenen Stil pflegt. Aber damit war wenig ausgemacht. Wenn man jedoch die sichtlich in der Seele getroffenen politischen Gegner der CDU/CSU sich über die „Stilwidrigkeit“ der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Wahlparole beklagen hörte, konnte man wohl an Lessings Wort denken „Wie lächerlich, die Tiefe einer Wunde nicht dem scharfen, sondern dem blanken Schwert zuzuschreiben“. Und da der Wahlslogan eben kein schlechter, sondern ein blendender politischer Stil ist, kann man mit Lessing fortfahren „Wie lächerlich also auch, die Überlegenheit, welche die Wahrheit einem Gegner gibt, einem blendenden Stile desselben zuzuschreiben. Ich kenne keinen blendenden Stil, der seinen Glanz nicht von der Wahrheit mehr oder weniger entlehnt. Wahrheit allein gibt echten Glanz, und muß auch bei Spöttelei und Posse, wenigstens als Folie, unterliegen. Also von der, von der Wahrheit lassen Sie uns sprechen, und nicht vom Stil.“ Gottfried Mehnert

Soziale Marktwirtschaft — die verantwortete Freiheit

Entwickelt wurden die Grundgedanken und Prinzipien dieser Ordnung von Männern der Wissenschaft in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Sie gingen von zwei Grunderkenntnissen aus:

1. Der Marxismus führt nicht zur erhofften Befreiung des Einzelnen, sondern macht ihn zum Sklaven von Einheitsparteien und Staats-

befehlen. Wo er zur Herrschaft kam, führte er zur Diktatur.

2. Liberalismus — im volkstümlichen Sprachgebrauch meist Kapitalismus genannt — fördert zwar die Freiheitsentfaltung der Stärkeren, überläßt aber die Lebensinteressen der Schwächeren weitgehend den Betroffenen. Statt Machtverteilung durch Wett-

bewerb am Markt führt er zur Ausschaltung von Wettbewerb und Machtentfaltung über Märkte.

So mußte also nach einem neuen Weg gesucht werden, wollte man dem ideellen Ziel der Selbstverwirklichung des Einzelnen in der Gemeinschaft näherkommen und Emanzipation mit Solidarität verbinden.

Um einen solchen Weg zu finden, mußten die Fehler vorangegangener Ordnungsvorstellungen vermieden werden. Als einen Hauptfehler der beiden genannten Ideengebäude, des Marxismus und des Liberalismus, erkannte man eine Fehleinschätzung der menschlichen Natur. Der Marxismus hatte ihr zu wenig, der Liberalismus zuviel zugetraut.

Als Folge wollen noch heute die Sozialisten dem Menschen möglichst viel Verantwortung abnehmen und sie dem Staat übertragen, während die sogenannten Liberalen noch immer geneigt sind anzunehmen, daß alles zum besten funktioniert, wenn dem Menschen genug Freiheit gewährt wird.

Die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft erkannten, daß der Mensch anders ist, als ihn die Marxisten sahen und anders handelt, als der Liberalismus dachte. Der Mensch braucht Freiheit und Verantwortung.

Die Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft wußten aber auch, daß Freiheit nicht gleichbedeutend

ist mit der Abwesenheit von Zwang und daß eine abstrakte Zuteilung von Freiheit den Menschen keineswegs wirklich frei machen kann. Sie übersahen nicht, daß die Freiheit der Entscheidung über banale sowie über wesentliche Fragen an zwei Grundvoraussetzungen gebunden ist, an Informationen und Maßstäbe (Normen).

Entscheidung ist die Auswahl unter mehreren Möglichkeiten, seien es Handlungen, Überzeugungen oder Güter. Um sie miteinander vergleichen zu können, muß man die verschiedenen Möglichkeiten kennen oder erkennen können. Um verantwortlich zwischen ihnen entscheiden zu können, bedarf es eines Maßstabes, an dem man sich orientiert. Maßstäbe haben und sich an sie halten, das nennen wir „verantwortlich handeln“. Doch woher kommen diese Maßstäbe?

Die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft wußten und gingen davon aus, daß Verantwortung nur durch bewußte oder unbewußte Antwort auf das „Wort“ wahrge-

nommen werden kann und daß dabei unter Wort das zu verstehen ist, was im 1. Kapitel des Johannes-Evangeliums erklärt wird.

Dem entspricht, daß der Mensch Verantwortung trägt sowohl für sich selbst, für die Entfaltung und den Gebrauch seiner eigenen Anlagen und Kräfte als auch für die Freiheitsräume und Lebensvoraussetzungen der anderen, derer sie zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit und, d. h. vor allem zur Erfahrung und Erfüllung ihrer Verantwortung bedürfen.

Dieser Text wurde der vom Unterausschuß „Politische Ethik“ der Studiengruppe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU herausgegebenen Broschüre „Soziale Marktwirtschaft – die verantwortete Freiheit“ entnommen. Die 12seitige Broschüre erhalten Sie kostenlos durch die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn.

Letzte Umfrage:

„Dramatische Veränderungen“ zugunsten der Unionsparteien

Als „geradezu dramatisch“ bezeichnet der Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Dieter Oberndörfer, die Veränderungen, die sich in der Wählerbasis bei den großen Parteien abzeichnen. Während der Anteil der Wähler, die sich offen mit der CDU identifizieren, vom April bis August von 29 % auf 34 bis 35 % der Stimmen zugenommen hat, ist im gleichen Zeitraum der Anteil der Wähler, die sich mit der SPD identifizieren, von 32 % auf 29 % zurückgegangen. Im Rückgang der Bereitschaft der SPD-Wähler, sich mit der SPD zu identifizieren, scheint sich ein totaler Mißerfolg des Wahlkampfes dieser Partei auszudrücken. Ende August, d. h. wenig mehr als vier Wochen vor der Bundestagswahl ist der Mobilisierungsgrad der SPD-Basis geringer als im April.

Dies zeigt sich auch bei der Betrachtung des harten Kerns der Wähler, die sich mit der SPD und CDU identifizieren. Der Anteil der

Wähler, die sich „grundsätzlich“ zur SPD bzw. zur CDU bekennen, ist bei der SPD von 25 % im April auf 23 % im August zurückgegangen, während er in diesem Zeitraum bei der CDU/CSU von 23 % auf 27 % zugenommen hat. Bei dem Vergleich des Mobilisierungsgrades der SPD- und CDU-Wähler vom August 1976 mit der Einstellung dieser Wählergruppen im September und Oktober 1972 manifestiert sich eine fast spiegelverkehrte gegenläufige Entwicklung. Während sich im September und Oktober 1972 jeweils 38 % der Befragten zur SPD und 28 % zur CDU bekannten, identifizierten sich im Juni und August 1976 34 bis 35 % der Wähler mit der CDU und nur 29 % mit der SPD.

Im Hinblick auf diese unterschiedliche Entwicklung innerhalb der Wählerschaft der Opposition und der Koalition beurteilt Oberndörfer die Chancen der CDU/CSU für einen Erfolg bei der Bundestagswahl überaus günstig. Das Wähler-

reservoir der Koalition habe sich gegenüber dem Frühsommer labilisiert bei gleichzeitiger Stabilisierung des Wählerreservoirs der CDU/CSU. Während die CDU-Wählerschaft im August einen in der Geschichte der CDU bisher einmaligen Grad der Mobilisierung erkennen lasse, zeige sich in der SPD-Wählerschaft im Vergleich zum Frühjahr eine Stagnation bzw. sogar ein Rückgang der Parteibindung.

Hinzu komme, so meint Oberndörfer, daß die SPD den Wahlkampf im August praktisch verschlafen habe. Auch in der SPD wisse man inzwischen durch die letzten Umfragen, daß ihr die Mobilisierung ihrer Wählerschaft nicht gelungen sei. Deshalb beschränke sich der Bundeskanzler im Moment auch darauf, durch „Holzerei“ wenigstens die SPD-Wählerschaft zu aktivieren bei gleichzeitigem Verzicht auf die notwendige Mobilisation der großen Gruppe der Unentschiedenen, die noch immer bis zu 14 % betragen.

Volksfront an Hochschulen

Hans Reckers

Die Volksfrontbündnisse an unseren Hochschulen haben in starkem Maße zugenommen.

Helmut Kohl wies auf diese alarmierende Tatsache erst kürzlich in Bonn vor der Presse hin. Die Evangelische Verantwortung hat den Bundesvorsitzenden des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Hans Reckers gebeten, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

An jeder Hochschule gibt es Aktionseinheiten und Bündnisse von SPD-Mitgliedern mit Kommunisten. In 31 allgemeinen Studentenausschüssen (Studentenvertretungen) bestehen Koalitionen von SPD- und FDP-Mitgliedern mit kommunistischen Gruppen. An 18 Hochschulen koalieren SPD-Mitglieder im Sozialistischen Hochschulbund (SHB) mit dem DKP-Studentenverband MSB Spartakus (z. B. in Düsseldorf, Hamburg, Marburg, Oldenburg). An 6 Hochschulen koalieren die Jungsozialisten-Hochschulgruppen mit dem MSB Spartakus (z. B. in Bielefeld, Mainz, Münster, Braunschweig), an weiteren 4 Hochschulen mit maoistischen Kommunisten (z. B. in Göttingen, Frankfurt), an einer weiteren Hochschule mit dem verfassungsfeindlichen SHB. Der Liberale Hochschulverband (LHV) koaliert an 2 Hochschulen mit orthodoxen Kommunisten, in Siegen und in Freiburg. In den „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ haben die Jungsozialisten und der LHV mit dem MSB Spartakus, dem SHB und kommunistischen Basisgruppen eine Koalition gebildet.

Jungsozialisten-Hochschulgruppen und LHV werden von der SPD bzw. der F.D.P. als ihre Studentenverbände bezeichnet und vielfältig unterstützt. Die Jungsozialisten-Hochschulgruppen verfügen z. B. über ein Büro in der SPD-Geschäftsstelle und wurden in der SPD-Mitglieder-Zeitschrift „Sozialdemokrat“ mehrfach als SPD-Studentenverband erwähnt und ihre Wahlerfolge positiv für die SPD be-

wertet. Wie in vielen anderen Städten rief die SPD z. B. in Münster zur Wahl der Jungsozialisten auf, die vor der Studentenparlamentswahl mit dem Spartakus Koalitierten und im Wahlkampf ihre Absicht erklärten, diese Koalition fortzusetzen. Die Jungsozialisten-Hochschulgruppen berufen sich bei ihren Koalitionen mit Kommunisten auf die Äußerung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, für Studentenvertretungen wie für Betriebsräte gelte, daß die Sozialdemokraten diese Gremien nicht dann verlassen müßten, wenn dort der erste Kommunist Platz nähme. Die Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Wieczorek-Zeul erklärte (zitiert nach: WELT v. 22. 1. 74) „Ich koaliere lieber mit dem Spartakus als mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten.“

Der Schatzmeister der SPD-Droesch, erklärte in einem offiziellen Gespräch mit dem RCDS am 12. 5. 1976: „Koalitionen mit Kommunisten sind nicht von vornherein abzulehnen. Dies kommt ganz auf die jeweilige Situation an. Wollen Sie etwa alle Kommunisten als Antidemokraten und Verfassungsfeinde deklarieren?“

Der F.D.P.-Bundesparteitag beschloß 1974, was seitdem nicht geändert wurde: „Der F.D.P.-Bundesparteitag stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die einzige liberale Vertretung der Studenten an den Hochschulen der Bundesrepublik der Liberale Hochschulverband (LHV) ist.“

Jungsozialisten-Hochschulgruppen und LHV entscheiden sich immer grundsätzlich gegen Koalitionen und Zusammenarbeit mit dem RCDS und, wenn sie allein nicht über die Mehrheit verfügen, für Koalitionen mit Kommunisten. Im VDS lehnten sie ein Angebot des RCDS ab, einen Minderheitenvorstand aus Jungsozialisten und LHV ohne kommunistische Beteiligung zu tolerieren und zogen die Koalition mit den kommunistischen

Gruppen vor. In der VDS lehnten sie einen Antrag ab, ein Bekenntnis zur feriehtlich-demokratischen Grundordnung in der Satzung der VDS zu verankern.

Jungsozialisten und LHV stimmten folgenden Zitaten der VDS-Hauptresolution zu: „Bloße Reformen und Parlamentsbeschlüsse können den Hauptwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft nicht auflösen . . . Der Staat gerät objektiv zunehmend in offenen Widerspruch zu immer größeren Teilen der werktätigen Bevölkerung; denn weder seine sozialpolitischen Maßnahmen noch die offene Unterdrückung durch den staatlichen Gewaltapparat können ihren Charakter als Mittel zur Absicherung der Kapitalinteressen leugnen.“

Jungsozialisten und Spartakus beschlossen in ihrem AStA-Programm in Münster 75/76: „Verfassungsfeinde sind diejenigen, die wie Verteidigungsminister Leber Nazis decken und nach und nach das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aushöhlen.“ In Bielefeld beschlossen Jungsozialisten und Spartakus im AStA-Programm 1976: „Die NATO ist ein Instrument der imperialistischen Unterdrückung demokratischer Bewegungen.“

Der SHB wird im Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung als verfassungsfeindlich bezeichnet. Etwa die Hälfte der Mitglieder des SHB sind gleichzeitig SPD-Mitglieder. Während die SPD 1961 einen Unvereinbarkeitsbeschuß zwischen SDS- und SPD-Mitgliedschaft faßte, duldet sie heute, daß über 1000 SPD-Mitglieder gleichzeitig aktive Mitglieder einer verfassungsfeindlichen Organisation sind (z. B. auch die Bundesvorsitzende des SHB).

Wenn SPD und F.D.P. über Studentengruppen verfügen würden, die sozialdemokratische und liberale Politik vertreten, gäbe es an fast jeder Hochschule eine breite Mehrheit für eine Koalition der demokratischen Studentengruppen.

SPD und F.D.P. sind aufgefordert, wenn sie einen glaubwürdigen Trennungsstrich zu Kommunisten ziehen wollen, die Unterstützung der Volksfront an Hochschulen aufzugeben.

Evangelische Verantwortung — Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn. Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.